

Massnahmen	Ergebnisse Vernehmlassung
1. Ausweitung des Security-Konzepts	Die Massnahme wird fast ausnahmslos begrüsst, zum Teil mit Vorbehalten (z.B. soll die Stadt für Schulungen des Personals besorgt sein).
2. Städtische Mediationsstelle	Die Massnahme wird im Grundsatz begrüsst. Mehrmals wird betont, dass nicht nur Clubs an den Tisch geholt werden müssen, sondern auch die Anwohnenden bzw. alle Betroffenen. Mehrfach wird darauf hingewiesen, dass die Rolle von PINTO im Zusammenhang mit der Massnahme nicht klar sei. Umstritten ist die Frage, wo die Stelle anzusiedeln wäre. Vorschläge diesbezüglich: PRD statt SUE, städtischer Ombudsmann, Abteilung Kulturelles, Liegenschaftsverwaltung.
3. Lokalvermittlung/ Raumbörse	Die Massnahme wird fast ausnahmslos begrüsst. Insbesondere besteht der Wunsch nach einer einfachen, unbürokratischen Regelung, welche für Jung und Alt auch finanziell tragbar ist.
4. Jugendbewilligung	Die Massnahme wird unterstützt. Teilweise wird Kritik an der Altersbeschränkung der Bewilligung und an den eingeschränkten Örtlichkeiten (ausserhalb des Stadtzentrums) geäussert.
5. Offene Parks	Offene Parks werden sehr begrüsst, gleichzeitig wird die Wichtigkeit der Wochenendreinigung bekräftigt. Betont wird zudem die Bedeutung von städtischen Freiräumen ohne Konsumzwang.
6. Reinigung und Repression	Es besteht Einigkeit darüber, dass die Reinigung ein wichtiges Thema ist. Betreffend Vorgehensweise gehen die Meinungen auseinander. Einige fordern konsequente Repression, andere plädieren für vermehrte Sensibilisierung.
7. Erfahrungsaustausch fördern	Die Massnahme wird sehr begrüsst und als sinnvoll erachtet. Es wird angeregt, allenfalls auch umliegende Gemeinden miteinzubeziehen.
8. Jugendkompass	Eine Mehrheit konstatiert eine Angebotslücke für Jugendliche bei Orten ohne Konsumzwang. Umstritten ist, wo sich diese Orte befinden sollen: Die einen sind der Meinung, es bedürfe eines Ausbaus in den Agglomerationen, andere finden, das Angebot müsse in der Innenstadt erweitert werden. Wichtig sei, dass die Angebote niederschwellig seien.
9. Ausbau Moonliner	Der Ausbau wird sehr gewünscht. Damit könne auch Littering, Vandalismus und Lärm entgegen gewirkt werden, da die Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer nicht mehr in der Stadt verweilen müssten, bis der erste Zug/Bus fahre. Viele stellen die Frage der Finanzierbarkeit. Tarifierhöhungen werden abgelehnt. Es wird bedauert, dass es sich um eine mittelfristige Massnahme handelt.
10. Zusätzliche Toilettenanlagen	Hier gehen die Meinungen betreffend Nutzen der Massnahme auseinander. Ein grosser Teil ist der Meinung, dass ein Bedürfnis nach mehr Toiletten besteht, es brauche aber auch mehr Toiletten für Frauen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Massnahme mit hohen Kosten verbunden ist (Anschaffung, Reinigung, Vandalismus etc.). Einige sind der Meinung, dass die Einrichtung von zusätzlichen Toilettenanlagen nicht

	erfolgsversprechend sei, da die vorhandenen Anlagen bereits heute schlecht frequentiert würden. Das Geld solle lieber in die vermehrte Reinigung investiert werden.
11. Flexibilisierung der Öffnungszeiten	Für eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten spricht sich ein grosser Teil aus. Umstritten ist die Frage, in welcher Form dies geschehen soll. Es gibt auch kritische Stimmen, die gegen eine 24-Stunden-Gesellschaft sind. Bei auffallend vielen stösst der Umstand, dass Aussenbestuhlungen auch künftig um 00.30 Uhr schliessen müssen, auf Unverständnis. Es besteht die Meinung, dass an Orten, wo bereits ein hoher Pegel an Grundlärm herrscht (Aarberggasse, Schützenmatte/Bollwerk, Grosse Schanze) die Öffnungszeiten für Aussenbestuhlungen verlängert werden müssten.
12. Reduktion Alkoholkonsum	Diese Massnahme wird überwiegend abgelehnt. Der Jugendschutz sei zwar einzuhalten, die Massnahme sei aber ein zu grosser Eingriff in die persönliche Freiheit resp. in die Handels- und Gewerbefreiheit. Auch würde mit der Massnahmen das Problem nicht gelöst, sondern lediglich verlagert oder es würden vermehrt Einkäufe auf Vorrat getätigt werden.
13. Kommunalisierung Gastgewerbegesetz	Diese Massnahme wird breit unterstützt. Das Bewilligungsverfahren werde so vereinfacht und die Gemeinde würde die Gegebenheiten der Stadt Bern besser kennen. Zudem habe die Stadt andere Bedürfnisse als Landgemeinden. Gegnerinnen und Gegner der Massnahme argumentieren, der Vorschlag sei weder system- noch stufenkonform, zudem seien die Regierungsstatthalterämter gerade durch die grössere Distanz unabhängiger von den lokalen Interessen und könnten daher unangenehme Entscheide besser vertreten.
14. Überprüfung der Bauordnung	Massnahme wird unterschiedlich und teils unklar beurteilt. Ein gänzlicher Verzicht auf den Pflichtwohnanteil in der Oberen Altstadt wird mehrheitlich abgelehnt mit der Begründung, dass ein Nebeneinander von Wohnen und Ausgang möglich sein sollte (Angst vor Ghettoisierung, Garant für lebendige Altstadt, in Zeiten der Wohnungsnot wohnpolitisch nicht zu rechtfertigen etc.). Andere wiederum begrüssen zumindest eine Lockerung des Pflichtwohnanteils (Pflichtwohnanteil verhindert längerfristige Entwicklung der Stadt, freie Mieterwahl, Lockerung zugunsten von Kulturbetrieben).
15. Anpassung der Lärmvorschriften	Eine Anpassung der Lärmvorschriften wird mehrheitlich gewünscht. Die bestehende Gesetzgebung sei zu einseitig auf den Schutz der Anwohnenden ausgerichtet und trage nicht zur Rechtssicherheit bei. Die Stadt Bern müsse eine Stadt sein dürfen. Andere Stimmen lehnen eine Aufweichung der Lärmvorschriften klar ab, da der Schutz des Einzelnen vor Umweltbelastungen ein hohes Gut sei. Eine Einschränkung von Lärmbeschwerden von Einzelpersonen wird als gefährlich erachtet: der Konflikt werde nicht gelöst, indem das Klagerecht genommen werde. Dem Betrieb solle im Rahmen der Verhältnismässigkeit Lärmsanierungen auferlegt werden.

